



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Westerwald Bank eG
Kirchstraße 2—4 • 56410 Montabaur
Tel.: 02602 133-0 • Fax: 02602 133-153
E-Mail: info@westerwaldbank.de

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten (sofern vorhanden):

Westerwald Bank eG
Datenschutzbeauftragter
Neumarkt 1—5 • 57627 Hachenburg
Tel.: 02662 961-0
E-Mail: datenschutz@westerwaldbank.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

- Einhaltung der UVV-Überfallprävention (Pflicht zur Überwachung in mitarbeiterbesetzten Kassenbereichen)
- Wahrung des Hausrechts und Schutz vor Vandalismus (Raumkameras der SB-Bereiche und Parkplatz)
- Unterstützung der Aufklärung bei unberechtigten Verfügungen an den Geldausgabeautomaten (Porträtkamera in GAA)

Rechtsgrundlage:
Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §7 DGUV Vorschrift 25 - Überfallprävention
Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (Geschäftsbesorgungsvertrag mit Kunden)
Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse)

berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Schutz der Westerwald Bank eG, insbesondere ihrer Anlagen, der bankeigenen Gebäude/unternehmenseigenen Gebäude, SB-Zonen und Außenanlagen (falls Videoüberwachung hier vorhanden) sowie Gegenstände
- Durchsetzung des Hausrechts
- Sicherheit und Schutz der Mitarbeiter, ihrer Kunden und Gäste
- Prävention und Aufklärung von Straftaten innerhalb des Gebäudes und zugehörigen Grundstücke
- Überprüfung von Kundeneinsprüchen aus Vertragsrecht

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

- Aufzeichnung Gefahrenbereich: 7 Tage
- Aufzeichnung SB-Bereich: 142 Tage
- Aufzeichnung sonstige Bereiche: 14 Tage

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet):

- autorisierte Mitarbeiter
- auskunftsberechtigte Behörden

bei Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten **an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln:**
Informationen über Angemessenheitsbeschluss der Kommission bzw. geeignete oder angemessene Garantien:

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Rheinland-Pfalz ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz